



INFO: Dalit Solidarität

No.23

Landrechte für Dalits! Und industrielle Arbeitsplätze! – Ansätze für eine veränderte Entwicklungsstrategie?

In der vorigen Ausgabe der Dalit-Info (Feb 2011) wurde über die Konsultation zur „Landreform im Kontext sich verändernder landwirtschaftlicher Verhältnisse – Herausforderungen und mögliche Strategien“ berichtet.

Es herrschte Einigkeit, dass es gegenwärtig zwar eine Priorität sein müsse, sich für die Landrechte der Dalits einzusetzen, weil eigenes Land den Familien zunächst eine ausreichende finanzielle Basis geben könne, ihre Kinder gut zu versorgen und ihnen eine gute Schulbildung zu ermöglichen. Außerdem müsse beachtet werden, dass Landbesitz für Dalits auch eine symbolische und gesellschaftliche Dimension habe, weil er ihre gesellschaftliche Stellung verändere, auch wenn er das grundsätzliche Stigma der Unberührbarkeit nicht beseitigen könne.

Gleichzeitig wurde aber auch die Frage aufgeworfen, wie nachhaltig ein Landbesitz die Lebenssituation der Dalits verbessern und ihre Nahrungsversorgung sichern könne. Eine Dalitfamilie mit 3 oder 4 Kindern könne mit großer Wahrscheinlichkeit nur für eine Generation von einem Landstück mit der Größe von 5 acres leben – die Kinder wären allerdings abermals auf neues Land oder andere außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten für ihre Existenzsicherung angewiesen. Ferner stand die Frage im Raum, ob es richtig sei, die Dalits nur auf eine landwirtschaftliche Zukunftssicherung festzulegen, oder ob nicht auch offensiv mögliche Zukunftswege im industriellen Bereich und im Dienstleistungssektor angestrebt werden müssten.

Wenn diese skeptischen Überlegungen in die richtige Richtung weisen, bedeutet das, dass

sich die Förderpolitiken und – strategien u.a. auch der Hilfswerke mit neuen Arbeitsfeldern werden beschäftigen müssen. **Armutsbekämpfung wäre dann nicht mehr fast ausschließlich eine Frage ländlicher sondern auch industrieller Entwicklung!** Es käme darauf an, zusammen mit den Armen, und insbesondere den Dalits, nicht-landwirtschaftliche Formen der Existenzsicherung und humane und soziale Formen industrieller Entwicklung zu erkämpfen.

Indien hat dafür (im Vergleich zu China) günstige und ungünstige Voraussetzungen, weil einerseits sein wirtschaftliches Wachstum bisher weitgehend ein Wachstum ohne Beschäftigungszuwachs ist und weil es nur einen schwachen sekundären Sektor (industrielle Produktion) aufweist – im Unterschied zu China. Außerdem hat Indien auch unter den Dalits zivilgesellschaftliche Akteure, deren Entwicklungsvisionen – bei aller berechtigter Kritik an Gandhis Idee der autarken Dorfgemeinschaften (Swadeshi) – starke anti-industrielle Züge tragen und die wohl einige Schwierigkeiten haben werden, aktiv eine beschäftigungsorientierte und ökologisch und sozial verträgliche Industrialisierung zu fordern und zu fördern. Andererseits ist es gerade diese hochaktive Zivilgesellschaft, welche die unaufhaltsame industrielle Entwicklung Indiens auf ökologisch nachhaltige und sozial inklusive Bahnen zwingen kann – und das ist der große Vorteil gegenüber China!

Die Plattform DSiD ist auf diese Überlegungen nicht nur durch die genannte Konsultation über Landrechte gestoßen, sondern auch durch ein Experiment, das sie zusammen mit Brot für die Welt in Hyderabad begleitet. Dort sind Straßenkehrer/-innen, ausgehend von einem Projekt zur ihrer sozialen, gesundheitlichen und

arbeitsrechtlichen Absicherung, dabei, sich genossenschaftlich zu organisieren und für einen Gewerbetpark die Müllbeseitigung und das -recycling professionell zu übernehmen. Dabei scheint sich eine sehr interessante Konstellation in der Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung, den Firmen aus dem Gewerbetpark, einer Dalitorganisation, einem Hilfswerk und der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (GIZ) anzubahnen, in deren Kontext sicher auch Fragen sozialer und ökologischer Marktwirtschaftsordnung gestellt und bearbeitet werden müssen.

Solche Überlegungen legen sich aber auch von den Aktivitäten her nahe, welche die Plattform schon längere Zeit gegenüber deutschen Firmen verfolgt und diese dazu zu bewegen versucht, eine offensive „diversity policy“ mit einer positiven Diskriminierung gegenüber Dalits und Adivasis umzusetzen. Das heißt z.B., dass ein Engagement im Hinblick auf die Qualifizierung dieser Bevölkerungsgruppen („employability“) für Hilfswerke ein relevanter Förderschwerpunkt werden sollte.

Das bedeutet am Ende nicht nur Lobbyarbeit gegenüber den indischen Regierungen (Union und Bundesstaaten), sondern auch ein massives Einfordern einer erweiterten Unternehmensverantwortung bei indischen und ‚ausländischen‘ Firmen. Die Unternehmensverantwortung muss umfassend verstanden werden: also z.B. die Frage des Landhungers der Industrie einbeziehen (da schließt sich der Kreis zur Frage der Landrechte für Dalits), oder die soziale Einbindung der Firmen und der reichen Bevölkerungsgruppen und die soziale Domestizierung der rein kapitalistisch orientierten Wirtschaftsphilosophie (z.B. Aufgabe des SEZ-Konzepts¹) einfordern.

¹ SEZ sind die „Special Economic Zones“ (Sonderwirtschaftszonen) wo die üblichen gesetzlichen Bestimmungen eines Landes, welche die wirtschaftlichen Tätigkeiten regeln nur teilweise gelten. So gelten z.B. günstigere (oder gar keine) Besteuerungsgesetze und Zollfreiheit v. a. für ausländische Firmen. Auch Arbeitsschutz und gewerkschaftliche Rechte sind eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt, ebenso wie Umweltschutzgesetze. Die dort angesiedelten Unternehmen haben freien Zugang zum indischen Binnenmarkt. Eine Sonderwirtschaftszone ist ein fast exterritoriales Gebiet innerhalb eines Staates; das Akronym wird deshalb von der indischen Civil Society auch als Abkürzung für „Special Exploitation Zone“ kolportiert. Derzeit sind ca. 70 SEZ in Indien eingerichtet oder im Aufbau.

Das ist sicher kein Spaziergang für die indische Zivilgesellschaft, sondern eher ein Marathon, dem sie sich aber unbedingt und möglichst bald stellen sollte, anstatt in reiner Verweigerungshaltung gegenüber der Industrialisierung des Landes zu verharren.

Professoren fordern mehr Details zur Studie des indischen Arbeitgeberverbandes (CII) über den Anteil der Dalits an der Belegschaft seiner Mitgliedsfirmen

In Nr. 22 der Dalit-Info wurde ausführlich über die Studie der CII zum Anteil der Dalits an den Belegschaften der Mitgliedsfirmen berichtet. Das mit DSiD und Christian Aid zusammenarbeitende Dalit-Netzwerk NACDOR hatte zwischenzeitlich mehrere Treffen mit Vertreter/innen der CII, um mögliche Konsequenzen aus den Ergebnissen der Studie zu ziehen.

Dass nun der neue Präsident der CII, Herr Muthuraman, bei seiner ersten Pressekonferenz diese Frage aufgenommen hat, darf mit Fug und Recht als Erfolg dieser Bemühungen gesehen werden.

Ebenso die Tatsache, dass nun auch auf Seiten der CII davon die Rede ist, dass die bisher veröffentlichten Zahlen spezifiziert werden müssen (s. dazu auch unsere Fragen im vorherigen Bericht). Jetzt stellte der neue Präsident fest: „Die meisten Dalitarbeiter sind in den Jobs der untersten Ebenen beschäftigt. Bei den Managerpositionen oder bei anderen höheren Posten ist ihr Anteil gering oder nicht erwähnenswert.“ Er fordert deshalb Programme, mit denen Dalits weiter qualifiziert werden („skill upgradation“), ganz in dem Sinne, wie wir das auch den deutschen Firmen vorgeschlagen haben. Und er wendet sich gegen verpflichtende Quoten, befürwortet aber eine positive Diskriminierung – wieder auf der Linie dessen, was wir von den deutschen Firmen auch verlangen.

Nun haben sich auch noch zwei bekannte Professoren Indiens in die öffentliche Diskussion eingeschaltet und fordern eine detailliertere Diskussion über die anstehenden Maßnahmen. Professor S.S. Jodhka möchte mehr da-

rüber wissen, ob die Anteile der Dalits an der Belegschaft branchenspezifisch unterschiedlich sind, wie die Situation bei befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen und natürlich auf den verschiedenen Verantwortungsebenen aussieht.

Professor S.K. Thorat, der in unserem Netzwerk sehr gut bekannt ist, fragt, wie denn die Zahlen zustande gekommen seien - ob sie auf repräsentativen Ausschnitten oder einer vollen Erfassung aller Betriebe basierten. „Wie haben sie die Kastenzugehörigkeit der Mitarbeitenden erfasst und werden die CII-Firmen in Zukunft die Daten über den sozialen Hintergrund ihrer Beschäftigten weiter pflegen?“

Beide fordern, die Studie öffentlich zu machen, um eine breitere gesellschaftliche Diskussion zu ermöglichen.

„Recipes in Resilience“ – ein provokatives Kochbuch für Fleischgerichte

Der Indische Kirchenrat (NCCI) hat im Oktober 2010 ein kleines Kochbuch speziell mit Rezepten für Rindfleisch veröffentlicht – „als Ausdruck des Widerstandswillens gegen das Schlachtverbot für Rinder, das vor kurzem in Karnataka verabschiedet wurde“, wie es im Vorwort heißt. Dabei ist dies nur der aktuelle Anlass; ähnliche Gesetze gibt es schon in vier anderen Bundesstaaten (Gujarat, Madhya Pradesh, Rajasthan und Jammu-Kashmir).

Dennoch ist die Veröffentlichung sicher eine Provokation in einer Gesellschaft, in der die Kuh als heiliges Tier verehrt wird und auch in einer Zeit, in der Fleischkonsum als eine der Ursachen für Hunger und für einen negativen Einfluss auf das Klima verantwortlich gemacht wird. Dies ist den Herausgebern auch bewusst, aber sie argumentieren, dass sie zum einen nicht für einen gezielten Ausbau der Fleischproduktion in Indien plädierten, sondern nur dafür, Rinder zu schlachten, die sowieso bald eines natürlichen Todes stürben und auch, dass dies zum anderen eine billige, aber gute Proteinquelle für die besonders armen Menschen in Indien sei.

Den Machern geht es um mehr: da das Gesetz auch den Gebrauch und den Besitz von Rindfleisch verbiete und alle Arten von „cattle“

(also z.B. auch Wasserbüffel, die nicht heilig seien) einbeziehe, wolle es eine bestimmte Lebens- bzw. Ernährungsweise verabsolutieren. Damit kriminalisiere es automatisch Menschen, die traditionell Fleisch äßen und derzeit oft noch aus purer Not darauf angewiesen seien. Die Herausgeber gehen sogar so weit, zu sagen, dass sich das Gesetz in seinem Geist gegen das Recht auf Nahrung (right to food) richte.

Auch die kulturelle Dimension des Gesetzes ist sehr umstritten. So argumentiert die LokSatta Partei, man könne im indischen Kontext nicht eine (Ernährungs-) Gewohnheit mit dem Argument verbieten, dass sich andere dadurch in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlten. Wenn man dieser Logik folge, gebe es kein Halten mehr und alle möglichen anderen Gewohnheiten könnten verboten werden. In einer pluralistischen Gesellschaft müssten die Menschen bereit sein, die Vorlieben und Neigungen anderer zu respektieren. Man könne nicht nur die Kultur der großen Mehrheit, des „mainstreams“, als indische Kultur anerkennen, und alles andere als „un-indisch“ verdammen!

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion hatten die Macher des Kochbuches dazu aufgerufen, gute Rezepte auf (Rind-)Fleischbasis einzuschicken, um sie dann zu veröffentlichen. Dabei ging es ihnen v.a. darum, die Vielfalt der Lebensformen gegen die Vereinheitlichungs- und Verabsolutierungstendenzen der Hindu-fundamentalistischen Partei (BJP) zu behaupten. Das drückt sich besonders deutlich im Titel aus.

(Wer gerne seine indischen „Küchenanklänge“ erweitern möchte, kann das Kochbüchlein für die Gebühr von 5.- € beim Koordinationsbüro der Plattform bestellen.)

Das „Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk (IDSN)“ initiiert Umfrage in mehreren europäischen Ländern über kastenbedingte Diskriminierung

Im Februar wurde bei einer Sitzung der europäischen Solidaritätsnetzwerke in Kopenhagen beschlossen, in Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Finnland, Belgien, Schweden, den Niederlanden und in Deutschland ei-

ne Umfrage zu den Kenntnissen und über die Einstellungen der Bevölkerung zur kastenbedingten Diskriminierung durchzuführen.

Einerseits soll erhoben werden, was die Menschen in Europa über die Lebenssituation der Dalits wissen, ob sie dieses Wort überhaupt kennen und was sie von ihren Regierungen erwarten im Kampf gegen die kastenbedingte Diskriminierung.

Während die deutsche Plattform dieser Idee eher skeptisch gegenüber steht, sieht IDSN darin ein geeignetes Instrument, die Wirksamkeit seiner Arbeit einzuschätzen, wenn in ein paar Jahren die gleiche Befragung noch einmal durchgeführt wird. Außerdem könnte, so die Überlegung, eine mögliche massive Erwartung der Menschen nach aktiven Vorstößen der europäischen Regierungen gegenüber diesen in der Lobbyarbeit eingesetzt werden.

DSiD erkennt zwar die Bedeutung der Öffentlichkeitsbeziehungen für unsere Arbeit an, ist aber der Meinung, dass diese wohl kaum eine solche Wirkung entfalten werden, dass ein relevanter Anteil der Menschen die Dalitdiskriminierung als ein zentrales Menschenrechtsproblem in ihre Handlungsorientierung aufnehmen wird. Das bedeutet aber aus Sicht der Plattform nicht, dass z.B. die Bundesregierung nicht zu entscheidenden Schritten in dieser Frage bewegt werden könnte. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, dass sowohl das Auswärtige Amt wie auch Parlamentarier des Bundestags sehr aktiv gewesen sind. Öffentlicher Druck ist nicht bei allen Lobbyaktivitäten notwendig!

Trotz dieser Bedenken hat sich die Plattform an der Vorbereitung der Umfrage beteiligt und die deutsche Übersetzung angefertigt.

(Wer Interesse an dem Fragebogen hat und ihn im Freundeskreis oder in seiner Gruppe selbst ausprobieren will, kann ihn gerne über das Koordinationsbüro erhalten).

Dalits in Bangladesch – Studie und Broschüre des BDERM-Netzwerks

Das „Bangladesh Dalit and Excluded Rights Movement (BDERM)“, ein Zusammenschluss mehrerer Dalitgruppen und – bewegungen, hat eine Studie zur Lage von Dalitfrauen in Bang-

ladesch unter dem Titel „Dalit Women in Bangladesh: Multiple Exclusion“ veröffentlicht.

(Wer eine Kopie davon haben möchte, kann an das Koordinationsbüro der Plattform schreiben und bekommt sie dann als pdf-Datei zugeschickt).

Termine – bitte vormerken

Hier noch einmal die wichtigsten Termine für die Arbeit der Plattform für 2011!

Beim Kirchentag wollen wir noch einmal das „indische Dorf“ aufbauen und wären wieder für eine **zahlreiche Unterstützung** bei der Führung durch das Dorf dankbar. Er findet vom **1. bis zum 5. Juni in Dresden** statt. Freiwillige können sich immer noch melden!

Das jährliche **Indienseminar in Bad Boll** findet vom **23. bis 25. September** statt. Als Thema ist „*Deutschland - Indien. Strategische Partnerschaft für Klimagerechtigkeit*“ vorgesehen.

Die **Jahresversammlung der DSiD** wird wieder vorher angehängt und findet entsprechend vom **22. bis 23. September** ebenfalls in der Ev. Akademie Bad Boll statt.

Als nächster Termin für die **Steuergruppe** wurde der **2. Dezember** (in Frankfurt) festgelegt.

Dalit-Info Nr. 23 – Mai 2011

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Friedhofstraße 32, 71088 Holzgerlingen, Tel.: 07031/4364733, Fax: 0711/2159288

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph.Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, die Evang. Studierendengemeinde Frankfurt, das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, das Evangelische Missionswerk in Deutschland, die Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, die Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, FIAN International, HEKS (Schweiz), die Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, das Hunger-Projekt, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor, der EED und das „Dalit Freedom Network“ als Beobachter. Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.